

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER, eines der wichtigsten Themen der Landespolitik ist die Sicherheit der Menschen in unserem Land. Polizei ist Ländersache. Die Aufgabe von Parlament und Regierung in den Ländern ist es daher, für eine starke, präzise und gut ausgestattete Polizei zu sorgen. Dabei sind die Strukturen der Sicherheitsbehörden stets an die aktuelle Kriminalitätsentwicklung anzupassen.

Derzeit haben wir es immer wieder auch mit terroristischer Gewalt in Europa, aber auch in Deutschland zu tun. Unser Innenminister Boris Pistorius reagiert auf diese neuen Verhältnisse. Neben Hannover wird auch Oldenburg zukünftig Standort eines Spezialeinsatzkommandos (SEK) der niedersächsischen Polizei. Dafür werden dem Landeskriminalamt Niedersachsen (LKA) 20 zusätzliche Beamte zugewiesen. Durch diesen zusätzlichen Standort wird die Reaktionsmöglichkeit und -zeit unserer Polizei bei besonderen Einsatzlagen spürbar erhöht. Gleichzeitig werden knapp 60 weitere Spezialistinnen und Spezialisten zur Bekämpfung neuer Kriminalitätsformen wie Cybercrime und Terrorismus im Rahmen des sogenannten 1.000er-Programms der niedersächsischen Polizei eingestellt. Weitere 170 zusätzliche Beamtinnen und Beamten aus der Bereitschaftspolizei werden zur Verstärkung in die Dienststellen der Polizeidirektionen und zum LKA versetzt. Die Polizeipräsenz vor Ort wird so weiter erhöht.

Ich bin sehr dankbar, dass unser Innenminister besonnen, aber auch konsequent für die Sicherheit in Niedersachsen sorgt!

Johanne Modder
 Vorsitzende der SPD-Fraktion im
 Niedersächsischen Landtag

»DIE CDU GEFÄHRDET UNSEREN SCHULFRIEDEN«

BILDUNGSPOLITIK Der SPD-Bildungspolitiker Uwe Strümpel hat vor seinem Mandat im Landtag eine Gesamtschule geleitet – »Althusmann steht für eine veraltete Pauk-Schule« *Von Frank Jungbluth*

Dieser Wahlkampf wird auch eine Richtungsentscheidung über die Bildungspolitik in Niedersachsen: »Wir haben mit unserer Kultusministerin Frauke Heiligenstadt und der Zukunftsoffensive Bildung viel erreicht«, sagt Uwe Strümpel. Wenn man die Bildungsthesen des CDU-Kandidaten Althusmann lese, dann merke man schnell, wohin die Reise gehe. »Zurück in die 50er Jahre mit Pauk-Schule und Auswahl statt Förderung und Begeisterung fürs Lernen.«

TiL: Was will die CDU wirklich in der Bildungspolitik?

Uwe Strümpel: Schüler und Schülerinnen, Lehrerinnen, Lehrer und Eltern in Niedersachsen müssen das Schlimmste befürchten. Althusmanns bildungspolitische Vorstellungen atmen den Geist der Vergangenheit. Unsere Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) hat – unterstützt durch die Fraktion – nach Jahren der von CDU und FDP verursachten Unsicherheit nach dem Regierungswechsel 2013 endlich den Schulfrieden wieder hergestellt.

TiL: Was haben wir nach vier Jahren in Verantwortung vorzuweisen?

Strümpel: Das Abitur nach 13 Jahren, das wir schnell beschlossen haben, war ein ausdrücklicher Wunsch von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern. Mit unserer Bildungspolitik und zusätzlichen Investitionen von mehr als einer Milliarde Euro hat unter anderem auch der Ganztags endlich ein solides Fundament. Wir haben so viele Ganztagschulen wie noch nie, fast 1.800 in Niedersachsen. Das sind 60 Prozent aller Schulen. Und sie sind sehr gut ausgestattet, mit Stundenzuweisungen und Personal. Wir haben 75 Prozent erreicht, zu Zeiten des gescheiterten Schulministers



Uwe Strümpel Mdl

Althusmann waren das nur 25 Prozent, und die Verträge mit pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern waren so zweifelhaft, dass die Staatsanwaltschaft im Kultusministerium ermitteln musste.

TiL: Es gibt Kritik an der Unterrichtsversorgung? Wie ist die Situation?

Strümpel: Wir haben in manchen Bereichen eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent, in anderen liegen wir knapp darunter. Die CDU weiß aber so gut wie wir, dass es viele Faktoren gibt, von denen eine optimale Unterrichtsversorgung abhängt. Das Land stellt ja viele neue Lehrerinnen und Lehrer ein, allein 2.160 an den allgemeinbildenden Schulen in diesem und im nächsten Jahr. Teil der Wahrheit ist aber auch, dass wir zum einen knapp 30.000 Schülerinnen und Schüler mehr in unseren Schulen haben, das ist eine Folge der Migration seit 2015. Zum anderen gibt es auf dem Arbeitsmarkt einfach nicht so viele Lehrerinnen und Lehrer, wie wir bräuchten. Das Problem haben alle Bundesländer. Bei uns in Niedersachsen hat übrigens die CDU dafür gesorgt, dass wir weniger Studienplätze und weniger Plätze an Ausbildungsseminaren für Lehrerinnen und Lehrer

haben – das kann man nicht von heute auf morgen kompensieren, aber wir haben alles getan, um die Fehlentwicklungen aus CDU- und FDP-Zeiten zu korrigieren. Althusmann will den Lehrerinnen und Lehrern die Anrechnungsstunden kürzen. Das wäre das Ende von Scholorchestern, außerschulischen Lernorten und Theater-AG.

TiL: Inklusion in Schule wird kontrovers diskutiert. Wo stehen wir heute?

Strümpel: Wir haben ein Menschenrecht auf Inklusion, und das setzt man nicht einfach für ein Jahr oder länger aus, wie die CDU vorschlägt. Auch hier war es die CDU mit dem ehemaligen Kultusminister Althusmann, die 2012 ein Gesetz beschlossen hat, dass zu mehr Inklusion und weniger Förderschulen führt. Die schrittweise Schließung der Förderschulen Lernen ist eine Idee der CDU, an die man sich in der heutigen CDU-Fraktion aber offenbar nicht mehr erinnern will. Inklusion ist in Niedersachsen auch eine Erfolgsgeschichte, das muss man anerkennen. Wir haben von 37.000 Kindern und Jugendlichen mit Förderbedarf heute 23.000 in der inklusiven Schule, 14.000 besuchen noch Förderschulen. Aber auch hier gilt, was für andere Schulen gilt: Uns fehlen Sonderpädagoginnen und -pädagogen, die an der inklusiven Schule gemeinsam mit pädagogischen Fachkräften die Inklusion begleiten. Wir haben die Stellen, aber keine Bewerberinnen und Bewerber. Auch hier hat die CDU vor Jahren die Studienplätze gestrichen, die uns heute fehlen. Wir haben das wieder ausgebaut, aber es braucht seine Zeit. Immerhin stellt das Land jetzt kurzfristig 650 pädagogische Fachkräfte ein, die multiprofessionelle Teams mit den Lehrerinnen und Lehrern bilden. Wir sind auf einem guten Weg. ■

SOZIOKULTUR WIRD GEFÖRDERT

18 soziokulturelle Einrichtungen in ganz Niedersachsen werden aus dem Etat des Landes für Projekte und Strukturförderung mit insgesamt 180.000 Euro für dieses Jahr unterstützt. »Das war uns in den Fraktionen der Regierungskoalition wichtig, deshalb haben wir diese Mittel über die politische Liste bereitgestellt«, erklärt dazu Ulf Prange, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Soziokulturelle Einrichtungen sind vor allem im ländlichen Raum noch der einzige Träger und Veranstalter von Kultur. ■

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Nds. Landtag
Verantwortlich: Sebastian Böhrs, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Eva Güntzel, Frank Jungbluth
Redaktionsschluss: 22. Juni 2017
Redaktion: Frank Jungbluth, frank.jungbluth@LT.niedersachsen.de
Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover, www.spd-fraktion-niedersachsen.de
Layout & Satz: Anette Gilke, mail@AnetteGilke.de

MEHR WOHNUNGEN FÜR STUDENTEN

Mit sieben Millionen Euro aus dem Etat der politischen Liste der Regierungskoalition können 2017/2018 in Niedersachsen an vier Standorten insgesamt 320 neue Plätze in Studentenwohnheimen gebaut werden: »Damit schaffen wir weitere bezahlbare Wohnungen für Studierende mit kleinem Budget an den Uni- und FH-Standorten Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Osnabrück«, sagt Dr. Silke Lesemann, hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

In Hannover können insgesamt 174 neue Plätze am Standort Haltenhoffstraße gebaut werden (3,8 Millionen Euro Volumen), in Osnabrück bei der Erweiterung Jahnstraße 41 Plätze (900.000 Euro). Am Standort Oldenburg, Alte Färberei, können damit 40 neue Plätze (878.000 Euro) gebaut werden, in Braunschweig, Wohnheim »An der Schunter«, 64 neue Plätze (1,4 Millionen Euro). ■



1.350 GÄSTE FEIERN MIT UNS

DAS Ereignis in Niedersachsen: Das Sommerfest von SPD-Fraktion Niedersachsen und SPD-Landesverband Niedersachsen im Garten des Wilhelm-Busch-Museums in Hannover. 1.350 Gäste der Sozialdemokratie feiern fröhlich, bevor es danach im letzten Plenum vor der Sommerpause wieder an die politische Arbeit ging.

Unsere Fraktionsvorsitzende Johanne Modder begrüßt traditionell mit Ministerpräsident Stephan Weil die Besucherinnen und Besucher. Auf dem Bild sind die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder (mi.), Ministerpräsident Stephan Weil (re.) und Hannovers Oberbürgermeister und Bezirksvorsitzender Stefan Schostok. ■

Foto: Ole Spata